

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 1 + 37 + 44 – In der Krise zusammenhalten –
Corona-Pandemie erfolgreich bewältigen;
Corona-Pandemie wirksam eindämmen

Dazu sagt die Vorsitzende der Landtagsfraktion
von Bündnis 90/Die Grünen,

Eka von Kalben:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 350.20 / 29.10.2020

Wenn wir zusammenhalten, werden wir auch diese Krise überstehen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir blicken mit Sorge auf das Ende des Jahres. Denn: Sie kommt nicht überraschend und sie steht nicht mehr bevor, sondern sie ist da – die zweite Coronawelle. Wir sind es leid, darüber zu diskutieren und doch tun wir es von morgens bis abends. In der Politik, am Frühstückstisch, auf dem Spielplatz, in der Schule, bei der Arbeit. Überall.

Ich danke dem Ministerpräsidenten für seine eindringlichen Worte in der Regierungserklärung. Dank und Appell, das ist nötig und sehr viele Menschen halten sich an Regeln und Appelle und doch nimmt die Zahl der Kritiker*innen zu. Pandemiemüdigkeit breitet sich aus. Menschen haben Zweifel an den Maßnahmen. Manche verstehen sie nicht, manche lehnen sie einfach ab.

Und damit meine ich ausdrücklich nicht die Menschen, die das Virus als eine Weltverschwörung ansehen. Sondern die Menschen, die Fragen haben, die verstanden haben, dass COVID-19 eine gefährliche Krankheit ist und die solidarisch sein wollen.

Unsere Aufgabe als Politik ist es, die Fragen ernst zu nehmen, die Fragen aufzugreifen und zu beantworten, die Zweifel ernst zu nehmen und abzuwägen. Ich möchte drei Hauptdiskussionspunkte ansprechen, auf die ich immer wieder treffe.

Selten haben sich Menschen so intensiv mit Fragen der Wissenschaft auseinandergesetzt. Mit medizinischen Studien, mit den Aussagen von Virolog*innen und mit statistischen Phänomenen. Die Zahlen des Robert Koch Instituts werden wieder täglich mit gro-

ßer Sorge verfolgt und gespannt schaut der eine oder die andere auf die neuen Ansteckungsfälle in den nächsten sieben Tagen. Steigen sie über 35 oder steigen sie über 50 und mehr?

Und doch können wir uns häufig wenig unter den abstrakten Zahlen vorstellen. In meinem Dorf wäre bei einer Inzidenz von 50 statistisch gesehen ein Mensch infiziert, in Quickborn zehn. Das klingt erst einmal nicht viel. Wenn man aber davon ausgeht, dass diese zehn schon andere angesteckt haben und das nicht mehr nachverfolgt werden kann, dann wird es eben doch viel. Denn rein rechnerisch steht Quickborn nur ein Intensivbett im zuständigen Krankenhaus in Elmshorn zur Verfügung.

Aber natürlich sind Zahlen nur Anhaltspunkte: Was fließt wo in die Statistik ein, zum Beispiel bei den Todeszahlen? Wieviel wird wo getestet? Was bedeutet der R-Faktor wirklich?

Zweifler*innen versuchen deutlich zu machen, dass uns die Wissenschaft anlügt, dass die Zahlen nicht stimmen würden. Aber es geht hier nicht einfach um Zahlen. Es geht um Infizierte, um Erkrankte, um Verstorbene. Es geht um Menschen.

Mich prägen die Bilder aus Norditalien oder New York, wo ein Kliniksystem – und perverter Weise sogar ein Begräbnis System – kollabierte. Mich prägen die Interviews mit Menschen, die als Infizierte oder als Pflegende die erste Welle miterlebt haben und mit den Pflegenden, die selbst zu Infizierten wurden. Und da sind mir die R, K oder I-Werte dann herzlich egal – Corona ist eben nicht wie die jährliche Grippe, sondern eine weltweite, gefährliche Pandemie. Wer das in Frage stellt, gefährdet das Gemeinwohl.

Unter denjenigen, die sich zumindest in dieser Frage einig sind, gibt es einen regen Austausch darüber, welche Maßnahmen wie wirken und welche zumutbar sind und welche nicht. Das ist gut so. Wir leben in einer Demokratie und wir werden uns zügig – möglichst bis zum Novemberlandtag – auch Gedanken machen müssen, welche Rolle wir als Parlament in der Krise übernehmen.

Ich weiß, dass das technisch schwierig sein mag, wenn wir sehen, wie schnell die Verordnungen umgesetzt werden müssen. Aber gerade bei abnehmender Akzeptanz durch die Bevölkerung ist es wichtig, dass wir den Eindruck abwehren, dass hier im Hinterstübchen über ihr Leben entschieden wird.

Mit dem Beschluss zum Nachtragshaushalt gehen wir einen enormen Schritt, um die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona Pandemie abzufedern. Wir helfen konkret bei der Pandemiebekämpfung im Gesundheits- und Schulwesen und wir federn in den Kommunen die wegfallenden Einnahmen ab.

Das alles kann nur durch die Unterstützung der demokratischen Opposition gelingen, die sich aktiv in diesen Prozess eingebracht hat. Dafür danke ich allen Beteiligten sehr.

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit gestern haben wir nun eine neue Situation. Seit gestern haben wir einen MPK-Beschluss, der in Schleswig-Holstein umgesetzt werden wird. Lassen Sie mich unabhängig von den einzelnen Maßnahmen etwas sagen: Das Verrückte an den Corona-Maßnahmen ist ein typisches Paradoxon, was wir auch schon an anderer Stelle kennengelernt haben: Nämlich der gleichzeitige Wunsch nach Einheitlichkeit und Individualität.

Zum einen wünschen sich die Menschen Einheitlichkeit, um die Maßnahmen zu verstehen. Deshalb wurde der Auftritt der Bundesländer bisher als chaotisch wahrgenommen: Selbst wenn Beschlüsse gefasst wurden, waren sich die potentiellen Kanzlerkandidaten Laschet und Söder nicht zu schade, mit sofortiger Wirkung andere Maßnahmen zu verkünden oder Protokollerklärungen abzugeben. Das ist alles andere als hilfreich.

Andererseits gibt es einen Wunsch nach Individualität, weil es für die Bürger*innen vollkommen unverständlich ist, wenn ein Gebiet, in dem es kaum Fälle gibt, die gleichen Beschränkungen erfahren soll, wie die Hotspots in Berlin, NRW und Bayern.

Zu lösen ist dieses Paradoxon dadurch, dass wir zwar nicht unbedingt einheitliche Maßnahmen brauchen, aber einheitliche Kriterien. Das hätten wir uns als Beschluss der Ministerpräsidenten gewünscht. Doch die Expert*innen auch bei uns im Land haben geraten, angesichts der schwierigen Lage für Deutschland eine einheitliche und eine sehr konsequente Lösung zu beschließen.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Die Bekämpfung der Pandemie erzeugt viele Risiken und Nebenwirkungen. Und zwar nicht nur wirtschaftlicher Art, auch Existenznöte, Einsamkeit und Zukunftssorgen. Das Tragen von Masken und die Distanz die wir eingehen.

Das alles macht etwas mit der Gesellschaft. Irgendjemand sagte neulich: Zwinkern sei das neue Lächeln. Ich würde mal sagen: das klappt nur mäßig. Und Ellenbogenpuffen ist auch kein Ersatz für eine Umarmung. Und deshalb ist es so wichtig, dass wir immer wieder erklären, begründen und auch hinterfragen, welche Maßnahme wirklich nötig ist. Und es ist auch richtig und wichtig, dass die Gerichte die Politik kontrollieren. Das ist ihre Aufgabe.

Und trotzdem finde ich es wichtig, hier abermals deutlich zu machen, dass diese Regierung alle erlassenen Verordnungen sorgfältig abwägt. Mit Expert*innen und auch mit den Koalitionspartner*innen.

Und ich bin sicher, dass wir – ähnlich wie bei der kurzfristigen Freigabe der Mittel durch den Finanzausschuss – auch ein ähnliches Verfahren für die Corona-Verordnungen finden können. Aber eines ist auch klar: Maßnahmen, die fehlerfrei sind, Maßnahmen, die alle akzeptieren, Maßnahmen, die für jeden Einzelfall befriedigend sind, die wird es vermutlich nicht geben.

Das Beherbergungsverbot und das Schließen der Gastronomie sowie aller Freizeiteinrichtungen so wie es der Beschluss jetzt vorsieht, das ist hart. Das macht Bauchschmerzen. Und ich sage sehr deutlich, gerade für die sehr vielen, die sich an Hygieneregeln gehalten haben, ist das eine sehr harte Maßnahme. Auch weil wir mit manchen Maßnahmen schon vor Gericht gescheitert sind.

Und trotzdem unterstützen wir den eingeschlagenen Weg der Landesregierung, die MPK-Beschlüsse umzusetzen. Wir unterstützen die Entscheidung, jetzt eine klare Vorgabe zu machen. Und wir unterstützen vor allem die Entscheidung, dieses Mal Bildung den Vorrang zu lassen und Kitas und Schulen nicht zu schließen. Das ist wichtig und richtig.

Dass die Länder sich nicht einigen konnten, die Feiern im privaten Rahmen zu beschränken, ist allerdings schon sehr ärgerlich. Gerade diese Feierlichkeiten haben wesentlich zur zweiten Welle beigetragen. Und deshalb ist es wirklich ätzend, dass wir uns solidarisch zeigen und auch dort einschränken, wo Hygieneregeln eingehalten werden, und

einige Länder schränken die wahren Ansteckungsherde nicht ein. Ich erwarte von allen Bundesländern, dass sie auch an dieser Stelle klare Vorgaben machen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

manche Virolog*innen und andere Berufene fordern, die Strategie zur Bekämpfung des Virus' zu ändern. Weg von Begriffen wie „containment“ und „flatten the curve“, hin zur Strategie der „protection“. Heißt also de facto: weniger Beschränkungen für diejenigen, bei denen die Krankheitsverläufe zumindest statistisch nicht so schlimm verlaufen. Also für die Jungen und Gesunden. Dafür mehr Kapazitäten – finanziell und auch in Form von Testressourcen – für diejenigen, die geschützt werden müssen, weil sie eine höhere Wahrscheinlichkeit auf schwere Verläufe haben. Klingt effizient. Weniger Einschränkungen, weniger Wirtschaftsflaute und vielleicht eine schnellere Durchseuchung und damit ein schnelleres Ende des Dramas. Aber ist es wirklich so einfach?

Was ist mit den Menschen, die sich um die sogenannten vulnerablen Gruppen kümmern? Auch die müssten massiv isoliert werden. Was bedeutet es denn für die Teilhabe von Menschen mit Vorerkrankungen und alte Menschen? Getrennt einkaufen, kein Treffen mit denjenigen, die einen sorglosen Umgang mit dem Virus haben, Isolation und Vereinsamung.

Und was ist mit denen, die zwar keine anerkannte Vorerkrankung haben, aber trotzdem Angst haben? Können wir dann denn noch die Aufgaben garantieren, die nötig sind? In der Schule, in der Kita, im Gesundheitswesen, im sonstigen öffentlichen Dienst, aber auch in der Privatwirtschaft? Und woher wollen wir wissen, dass die Jungen und Gesunden das Virus ohne Spätfolgen überstehen, dass sie überleben? Denn auch dafür gibt es genug traurige Gegenbeispiele.

Ich habe bereits gesagt, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie Risiken und Nebenwirkungen hatten und haben. Und vermutlich werden nicht nur heute, sondern auch zukünftig viele Menschen aufrechnen, was sinnvoll war und was nicht. Aber wie sollen wir vermiedene Tote und Kranke durch den Lockdown aufrechnen gegen diejenigen, die genau durch diesen krank geworden oder vielleicht auch gestorben sind? Das ist doch absurd.

Es gibt keine einfachen Antworten. Deshalb müssen wir immer wieder bereit sein, Erkenntnisse zu überprüfen, zu revidieren und neue Entscheidungen zu treffen. Auch dabei hilft die Debatte im Parlament. Und es hilft die öffentliche Debatte: in den Medien, zwischen Expert*innen, in den sozialen Netzen, mit der Bevölkerung.

Und es hilft viel Transparenz. Deshalb sollten wir zum Beispiel die Expert*innen, die die Regierung beraten, auch in den Landtag einladen. Damit dem Eindruck, „einige wenige fällen unüberlegte Entscheidungen“ etwas entgegen gestellt wird.

Manche Menschen haben mehr Angst vor den Folgen der Maßnahmen, der Wirtschaftskrise, den psychischen Folgen des Lockdowns, als vor der Krankheit selbst. Und viele Menschen sorgen sich darum, wie lange die Pandemie noch andauern wird, wie viele Wellen des noch geben wird, wann ein unbeschwertes Leben wieder möglich sein wird und ob wir uns an den Gedanken weiterer Epidemien gewöhnen müssen.

Aber es gibt auch viel Hoffnung im Land, durch die Möglichkeit von Tests, durch die Aussicht auf einen wirksamen Impfstoff und auch durch das Wissen, dass vergangene Pandemien auch vorübergegangen sind. Und das zu Zeiten, in denen die Menschen noch

nicht über das Wissen und die medizinischen Möglichkeiten verfügt haben, wie wir es im 21. Jahrhundert tun.

Und dann, wenn wir auch diese Pandemie überstanden haben, werden uns auch positive Veränderungen bleiben: Mehr Sensibilität für unfaire Arbeitsbedingungen – ob in der Pflege, bei den Erntehelfer*innen oder in der Fleischindustrie. Mehr Interesse und Anerkennung von Forschung aus der breiten Bevölkerung. Luftige Arbeitsräume und Schulräume und die stärkere Beachtung einfacher Hygiene-Verhaltensregeln. Händewaschen und Nießetikette helfen nicht nur gegen CORVID-19. Mehr Digitalisierung und damit mehr Teilhabe von Menschen im Ländlichen Raum. Und die Wertschätzung von Gemeinschaft in Familie, Kultur, Sport oder auch im Gottesdienst.

Ich bin sehr froh darüber, wie gut wir in Schleswig-Holstein die Corona-Krise bisher gemeistert haben und ich hoffe, dass uns das auch weiterhin gelingt. Zum einen, indem wir möglichst gute Maßnahmen beschließen und zum anderen, indem wir unsere Entscheidungen transparent und für alle Menschen in Schleswig-Holstein verständlich kommunizieren. Denn wir brauchen die Akzeptanz der Bevölkerung, um diese Krise zu überstehen.

Wir sind nicht hilflos. Das ist gut. Wir haben es selbst in der Hand. Vielen Dank.
